

Interview mit Bernd Rützel, Mitglied des Deutschen Bundestages

Bernd Rützel (Gemünden) ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Wahlkreise Main-Spessart und Miltenberg. Im März 2022 stellte er sich den Fragen von Dekan Till Roth.



Foto: Henning Schacht

■ *Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter, vielen Dank, dass Sie sich für dieses Interview Zeit nehmen. Die ersten Monate der Ampel-Regierung sind vergangen. Wie nehmen Sie selbst die Arbeit der neuen Regierung wahr?*

Bernd Rützel: Wir kommen sehr gut miteinander aus. Vor allem herrscht Vertrauen. Das ist wichtig, denn die Herausforderungen sind groß. Dass Putin einen katastrophalen Angriffskrieg begonnen hat und viele Menschen in der Ukraine sterben, leiden oder flüchten müssen, erfordert unsere volle Solidarität in Deutschland, der EU und der Nato.

■ *Der Bundestag ist noch einmal größer geworden. Sehen Sie ein so großes Parlament als Stärke oder sehen Sie eher Schwierigkeiten?*

Das Parlament ist die Vertretung der Menschen in unserem Land – es ist DIE Grundlage der Demokratie. Wir werden bald eine Wahlrechtsreform vorlegen. Wenn ich allerdings sehe, wie viele Menschen mit ihren Anliegen auf uns Abgeordnete zukommen, wird es nicht einfacher, wenn die Wahlkreise immer größer werden. Die Nähe zu den Abgeordneten und umgekehrt ist mir sehr wichtig.

■ *Es sind viele neue und viele jüngere Abgeordnete in den Bundestag eingezogen. Wie verändert das die Arbeit und das Klima?*

Es bereichert die Arbeit im Parlament. Wir sind jünger, weiblicher, bunter und multikultureller.

■ *Ich war seit der letzten Amtszeit immer wieder über aggressive Einwürfe und destruktive Störungen von AfD-Abgeordneten entsetzt. Wie erleben Sie den Einfluss der AfD auf die Atmosphäre und Debattenkultur im Bundestag?*

Verschiedene Meinungen muss man tolerieren und auch vertragen können, auch dann, wenn man sie nicht teilt. Wenn aber Falschaussagen, Lügen, Hass, Demokratieverachtung oder einfach nur das Stören im Vordergrund der Arbeit von manchen Abgeordneten oder einer Fraktion stehen, ist das ein Problem für uns alle.

■ *Kürzlich sagten Sie in einem Interview, dass in der lang anhaltenden Corona-Krise das Persönliche oft verloren ging. Was hat das für Folgen im Blick auf das politische Ringen mit Parteifreunden und Parteigegnern?*

Im Bundestag und in den Ausschüssen begegnen wir uns ja oft sehr persönlich. Natürlich unter Einhaltung der jeweils geltenden Corona-Regeln. Im zivilen Leben hat aber leider vieles nicht stattgefunden. Ich bin froh, dass wieder mehr persönliche Begegnungen stattfinden können.

■ *Wie kann man sich einen Arbeitstag in Berlin vorstellen? Führen Sie überwiegend Gespräche oder arbeiten Sie mehr am Schreibtisch?*

Beides natürlich. Wobei mein „Schreibtisch“ im Zug, im Auto, im Ausschuss, im Plenum oder im Wahlkreis ist. Als Vorsitzender des Ausschusses Arbeit und Soziales muss ich vieles organisieren, vorbereiten, leiten und nachbereiten, damit der Ausschuss arbeiten kann. Es gibt außerdem viele Termine – in Berlin und im Wahlkreis.

■ *Wie läuft bei Ihnen der Prozess eigener Meinungsbildung? Wie viel wird Ihnen zugearbeitet? Wieviel lesen und recherchieren Sie selbst?*

Ich lese sehr viel. Informationen bekommen, bewerten und gewichten ist sehr wichtig. Dabei unterstützt mich mein großartiges Team. Zum Lieferkettengesetz habe ich mehr als hundert Gespräche geführt. Entscheiden muss ich am Ende aber selber.

■ *Wie gelingt es Ihnen, den Kontakt zu den „einfachen Bürgern und Bürgerinnen“ zu halten, um nicht in einen Politikmanager-Elfenbeinturm zu entschweben?*

Ihre Frage suggeriert, dass Politikerinnen und Politiker keine normalen oder einfachen Menschen sind. Das befremdet mich sehr. Artikel 1 unseres Grund-

gesetzes ist für mich das A und O: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich bin kein anderer Mensch, nur weil ich Abgeordneter im Deutschen Bundestag bin. Ich bin ständig unterwegs, dabei sehr nahbar und führe viele Gespräche – und samstags stehe ich wie viele andere am Wertstoffhof.

■ *Ich nehme in meiner Umgebung eine starke Entzweiung unter den Menschen aufgrund ihrer Meinungen zur Corona-Politik des Staates wahr. Wie denken Sie dazu?*

Die überwiegende Mehrheit unterstützt den Regierungskurs und Gott sei Dank haben sich auch die meisten Menschen impfen lassen. Wir müssen uns schützen und wir können das auch, weil wir einen Impfstoff haben. Dafür bin ich dankbar. Eine Demokratie kann und muss verschiedene Meinungen aushalten können. Die Grenze ist überschritten, wenn es gegen die Demokratie und ihre Institutionen geht.



Foto: Stella von Saldern

■ *Im Koalitionsvertrag stehen digitaler Aufbruch und Klimaschutz vorne. Sind wir Menschen allgemein zu träge, um den Herausforderungen des Klimawandels wirksam zu begegnen, oder liegt es an den Rahmenbedingungen für politisches Handeln, dass die sog. „Klimawende“ so langsam eingeleitet wird?*

Im Allgemeinen sind die meisten Menschen für etwas zu begeistern. Wenn es um das Konkrete geht, wird es schon schwieriger. Digitalisierung und Dekarbonisierung sind Hauptaufgaben. Hinzu kommt das dritte D, nämlich die Demographie. Wir müssen jeden Wandel, jede Transformation mit den Menschen tun und nicht gegen sie, sonst wird das nichts.

■ *Unsere Gesellschaft entfernt sich in schnellem Tempo von christlichen Überzeugungen und Werten. Wie sollten wir als Christen damit umgehen?*

Christliche Überzeugungen müssen vorgelebt werden. Wer meint, etwas unter den Teppich kehren zu können, oder nicht genügend für Aufklärung sorgt, wie zum Beispiel beim Missbrauchsskandal, der muss sich nicht wundern, wenn die Leute davon laufen. Dass die Menschen sich von christlichen Werten und Überzeugungen entfernen, sehe ich nicht unbedingt. Christliche Nächstenliebe und Solidarität sind das Gleiche. Christliche Werte haben erst einmal nichts mit der Amtskirche zu tun.

■ *Der Koalitionsvertrag kommt in gerade einmal zwölf Zeilen auf „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ zu sprechen, zwischen den Themen „SED-Opfer“ und*

„Unternehmensrecht“. Es wird betont, dass ihr Wirken geschätzt und geachtet wird, doch das Religionsverfassungsrecht „weiterentwickelt“ werden sollte. Müssen sich die Kirchen auf deutlich mehr Gegenwind einstellen?

Es geht nicht um Gegenwind, sondern eher um Hilfe und Unterstützung. Das Kirchenrecht passt nicht mehr in die Zeit. Dass Menschen im Job gekündigt werden, weil sie wiederverheiratet sind oder homosexuell, ist niemanden zu erklären. Leider ist es aber geltendes Kirchenrecht. Dies gemeinsam mit den Kirchen zu ändern, ist genau der richtige Weg.

■ *Könnte Ihrer Meinung nach das jetzige Kirchensteuermodell bald abgelöst werden?*

Bei der Kirchensteuer handelt es sich ja eigentlich um einen Kirchenbeitrag, der in Form von einer Steuer durch den Staat erhoben und administriert wird. Wenn man etwas ablöst, braucht man eine Alternative. Soweit sind wir noch nicht.

■ *Beim Familienverständnis und ethischen Fragen am Anfang und Ende des Lebens ist die Säkularisierung und Entchristlichung unserer Gesellschaft besonders deutlich zu erkennen. So lässt mich der Abschnitt „Reproduktive Selbstbestimmung“ ratlos und traurig zurück, wenn dort einseitig vom Selbstbestimmungsrecht der Frau, von „Versorgungssicherheit“ (zur Durchführung einer Abtreibung) und „Schwangerschaftsabbrüchen als Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung“ die Rede ist, aber nirgends vom Recht des Kindes im Mutterleib auf Leben.*

Ich wehre mich gegen den Begriff „Entchristlichung“. Das Einstehen für einander und die Sorge um Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe oder irgendwelchen körperlichen Merkmalen – ist zutiefst christlich. Frauen wissen selbst, ob sie und ihre Lebensumstände bereit sind für ein Kind. Deshalb finde ich es richtig, in dieser Frage die Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Ich bin froh, dass wir jetzt die Mehrheiten haben, um § 219a StGB abzuschaffen. Dabei geht es nicht um Werbung, sondern um Information.

■ *In einer urchristlichen Schrift vom Anfang des 2. Jahrhunderts heißt es: „Du sollst ein Kind nicht durch Abtreibung morden“. Wie können wir als Kirchen diese Position in der gesellschaftlichen Debatte einbringen?*

Die Kirche sollte nicht als Moralapostel auftreten. Keine Frau macht es sich einfach, eine Schwangerschaft abzubrechen. Es ist immer eine schwere Entscheidung. Deshalb gibt es ja auch Beratung dazu. Das finde ich sehr wichtig.

■ *Noch eine letzte Frage zum Koalitionsvertrag: Wenn es auf S.124 heißt „Wir entwickeln das Humboldt Forum als Ort der demokratischen, weltoffenen Debatte“, müssen demnach das Kreuz und die Kuppelinschrift des Berliner Stadtschlusses beseitigt werden?*

Ich verstehe Ihre Frage nicht. Sollen Demokratie oder Weltoffenheit nicht im Einklang mit Religion stehen können?

■ *Nachfrage: Wie deuten und ordnen Sie diesen Streit ein?*

Ich stelle keinen Streit fest, vielleicht habe ich das aber auch nicht mitbekommen. Kritik ist immer erlaubt.

■ *Verändert der Ausbruch eines Krieges in Europa für alle Bundestagsabgeordneten die Tagesordnung oder müssen Sie konsequent an den Themen Ihres Ausschuss „Arbeit und Soziales“ dranbleiben?*

Natürlich verändert es die Tagesordnung, weil der Krieg uns alle betrifft. Gott sei Dank nicht mit Leib und Leben, aber doch wirtschaftlich. Unsere Themen, die vor dem Krieg richtig waren, sind es auch nach dem 24. Februar noch. In meinem Ausschuss Arbeit und Soziales bringen wir jetzt die 12 Euro Mindestlohn auf den Weg, sichern Renten und verbessern das Leben von Menschen, die nicht so viel zum Leben haben. Wir organisieren gerade die Integration geflüchteter Menschen. Ich bin dankbar, dass die Kirchen hier einen wichtigen Beitrag leisten.

■ *Das Friedensgebet ist für Christen ein wichtiger Weg, um mit der eigenen Hilflosigkeit angesichts der Kriegsverbrechen umzugehen und ebenso, um wirksam zu helfen. Wenn Politik die Kunst der Problemlösung ist, wie ein Sprichwort sagt, können Politiker als Menschen der Tat da überhaupt eine scheinbare Nicht-Tat wie das Beten wertschätzen?*

„Jetzt hilft wohl nur noch beten“, sagten die Abgeordneten des Amerikanischen Kongresses, als sie vor der Entscheidung standen, in den 2. Weltkrieg einzutreten. Seitdem gibt es Gebetskreise in den Parlamenten. Im Deutschen Bundestag gibt es diesen Gebetskreis seit 40 Jahren. Ich bin einer der drei Moderatoren. Beten und Glaube sind für mich sehr wichtig.

■ *Sie scheuen sich nicht, sich als Christ zu äußern und zu bekennen. Im Dezember haben Sie z.B. auf Ihrer Homepage „frohe, besinnliche und gesegnete Weihnacht“ gewünscht und an J.H.Wicherns diakonische Arbeit und seinen ersten Advents-kranz erinnert. Welche Rückmeldungen bekommen Sie auf solche christlich geprägten Statements?*

Das nehmen die Leute als Teil meiner Persönlichkeit zur Kenntnis. Ich trage meinen Glauben nicht vor mir her, verstecke ihn nicht und beurteile andere nicht nach ihrer Einstellung zum Glauben.

Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen Gottes Schutz und Segen für Ihre verantwortungsvolle Arbeit, Gesundheit, Kraft und immer wieder auch beglückende Erfahrungen!